

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Jankovcova nám. 32. Telefon 6793. An Adresse: Prag II., Jankovcova nám. 32. Telefon 6797.

Sozialdemokrat

Zentralorgan

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Bestnr. Mahnungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . Kz 10.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

Deutschbürgerliche Klassenpolitik.

Es war für Dr. Lodgman und den ihm verbündeten Jung ein Leichtes, den Deutschen parlamentarischen Verband in Scherben zu schlagen. Die ununterbrochene Kette von Mißerfolgen, die sich der Verband durch die in ihm wirkenden und einander entgegengesetzten Strömungen, die nachgerade in die intensivsten Feindschaften ausgeartet waren, in seiner irrlichternden Politik geholt hatte, hatten ihn so zermürbt und ausgehöhlt, daß es nur mehr eines leisen Luftstoßes bedurfte, um ihn über den Haufen zu wehen. Die Kampfgenossenschaftler süßten sich eben hoch zu Ross sitzend und waren voll der guten Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, nach Lösung der parlamentarischen Bindung mit den anderen deutschbürgerlichen Parteien mit ein paar kräftigen nationalen Posaumentönen das „deutsche Volk“ unter ihrer Führung „mitzureißen“. Der Nationalismus hatte sich doch in ihm als ein wirksames Lockmittel erwiesen, warum, so kalkulierten sie, sollte jetzt, da die Unterdrückungspolitik der tschechischen Machthaber so viel Wasser auf ihre Mühlen trieb, seine motorische Kraft verjagen und ihnen nicht helfen, reichen parteipolitischen Erfolg einzuheimen! Damals ahnte der gute Lodgman nicht, daß ihn dennoch seine Nase trog, und daß er wider Erwarten doch auf ein falsches Pferd gesetzt hatte, das ihn das Rennen nicht gewinnen werde. In der Beforgnis, es könnten ihm, der sich zum Führer der Subindischen heizeln glaubte, infolge der nationalistischen Schwunfkunfurrenz der Baeran, Schöllich und Kalina die Zügel der Führung sogar in der eigenen Partei entgleiten, und wohl auch aus persönlichen Verstimnungen heraus, geriet er immer tiefer in die Vierstufenpolitik des nationalen Aufstumpfens. Bei den von den Interessen des Wirtschaftslebens mehr und minder losgelösten Schichten, Studenten, Beamten und Lehrern, bei denen sich Baeran seine Heldenverboeren holte, bewährte die nationale Phrasologie auch weiterhin ihre Zugkraft. Aber das deutsche Bürgertum: die deutschen Industriellen, Gewerbetreibenden, Handelsmänner und Bauern? Nein, die begehrten nach greifbareren Dingen, als es die schillernden Seifenblasen der internationalistischen Politik waren, nach nachhaltiger Kraft, als sie ihnen der sich in großen Worten und kleinen Taten erschöpfende Nationalsozialismus der Jung und Baeran zu geben vermochte. Herr Dr. Lodgman überließ, daß er bei der Ueberspannung seiner nationalistischen Politik immer härter zu den wirtschaftlichen Interessen des deutschen Bürgertums in Gegensatz geriet. Der „Hochverrat als Pflicht jedes Deutschen“? Was fällt Ihnen, Herr Dr. Lodgman ein? Gewiß, das deutsche Bürgertum würde auch „Hochverrat“ treiben, wie ihn das tschechische trieb, wenn es seine wirtschaftlichen Interessen erfordern würden. Aber gegenwärtig weisen ihm diese Interessen, die stärker sind als die nationalistische Ritterromantik der Lodgman, einen anderen Weg. Bürgertum und Agrarier wollen verdienen, Geschäfte machen, nicht Phantasmagorien nachlaufen, die ihren realen Klasseninteressen nichts nützen.

Der Deutschen Nationalpartei mochte denn auch eine Ahnung darüber aufdämmern, daß sie sich in eine Sackgasse verannt habe. Der erwartete Zulauf zu ihr blieb auch nach der Zerstückelung des Verbandes aus, dies umsomehr, als den großspürigen Ankündigungen neuerfundener Kampfmittel von unerhörter Wirksamkeit auch nicht die kleinste Tat folgen wollte. Und so entschloß sie sich nach der berühmten Devise: „Es muß was g'scheh'n“, etwas zu tun. Aber was? Da ihre Regationspolitik weder die Latsche des tschechischen Staates, noch die heute gegebenen Machtverhältnisse wegzunegieren vermochte, so sollte der Kampf vorläufig wenigstens gegen die — anderen deutschen Parteien eröffnet werden, um diese wegen ihrer Politik des „Wartens“ vor

Der Kampf um das Ruhrgebiet.

Breitscheid über seine Londoner Reise.

Berlin, 23. Feber. (Eigenbericht.) In der heutigen Abendausgabe des „Vorwärts“ schildert Genosse Breitscheid die Eindrücke seiner Englandreise. Die englischen Arbeiter beurteilen scharf und einmütig die Politik Poincarés. Neugierig denken die Liberalen und sogar ein Teil der Konservativen. Die große Mehrheit des englischen Volkes sei zwar nicht deutschfreundlich, aber sie denke seit der Ruhrbesetzung viel objektiver über Deutschland. Vor hier bis zu einer Vermittlung sei allerdings noch ein weiter Weg. Frankreich sei immerhin noch der Verbündete Englands und man betrachte eine Einmischung in den Konflikt als eine unfreundliche Handlung gegen den Verbündeten. Außerdem scheue man in keinem Lande einen Krieg so wie in England. Deutschland gegenüber mache man immer wieder den Einwand, die deutschen Industriellen hätten nicht alles getan, um die Reparationen aufzubringen. Auch frage man, ob Deutschland Garantien geben könne, daß nach Beilegung des Ruhrkonfliktes die zahlungsfähigen Kreise wirklich herangezogen werden. Auf jeden Fall müsse man in Deutschland verhindern, daß der gewalttätige Widerstand in einen gewaltsamen umschlägt.

Englische Unabhängige im Ruhrgebiet.

Ein Vorschlag zur Lösung der Ruhrfrage. London, 22. Feber. Die vier Mitglieder der englischen Arbeiterpartei, die das Ruhrgebiet bereist hatten, sind nach London zurückgekehrt und erstatteten ihren Bericht, in dem es heißt, daß die Stimmung im Ruhrgebiet sehr erhitzt sei. Die Deutschen seien entschlossen, den Besatzungstruppen große Verlegenheiten zu bereiten. Die französischen Soldaten seien sehr nervös. Insbesondere die Bergarbeiter glauben

an die Niederlage Frankreichs. Die Arbeiter seien überzeugt, daß Frankreich sich in drei Monaten aus dem Ruhrgebiet werde zurückziehen müssen. Aber in anderen Kreisen der Bevölkerung herrsche nicht dieselbe Ansicht. Die deutschen Kapitalisten täuschten ihre Arbeiter, die sie glauben machten, daß sie die Reparationen nicht bezahlen könnten. Die französischen Kapitalisten täuschten ihre Arbeiter, indem sie ihnen erklärten, daß sie Deutschland zum Zahlen bringen könnten.

Die Mitglieder der Arbeiterpartei schlagen eine Internationalisierung der deutschen Bergwerke durch Frankreich, England, Italien, Belgien und Deutschland vor. Die Verwaltung der Bergwerke würde von einem internationalen Direktorium besetzt werden. Die Kohlen würden auf den bisherigen Märkten weiter veräußert werden. In gleicher Weise würden die Dividenden verteilt werden. Frankreich würde unter internationaler Kontrolle zu seiner nationalen Sicherheit gelangen. England seinerseits würde Schutz gegen die Weltkonkurrenz genießen, der es ausgesetzt sei, wenn es zu einer Vereinigung des lothringischen Erztes mit der Ruhrkohle kommen würde.

(Dieser Bericht ist ungefähr das stützte Gegenstück dessen, was das tschechische Presbüro gestern als Ergebnis der Delegiertenreise zu melden wußte. Wir haben die Proger „Version“ nicht abgedruckt, weil ihr die Tendenzmaße von der Seite abzulesen war. Da bedeutet es eine doppelte Fölschung, wenn heute das Presbüro unter Hinweis auf seinen gestrigen Bericht hervorhebt, die scheinbar so französischfreundlichen Feststellungen hantieren von linksradikaler englischer Seite. Tatsächlich haben sie wohl genödig, aber durchaus nicht zugunsten Deutschlands, sondern zugunsten des internationalen Kapitalismus. D. Red.)

mengenen mit den tschechischen Agrariern loszureißen.

Was sich da im deutschbürgerlichen Lager vollzieht, ist ein Wandel, der für die politischen Verhältnisse einer näheren oder weiteren Zukunft von Bedeutung ist und dessen Entwicklung besonders die deutsche Arbeiterschaft mit Aufmerksamkeit verfolgen muß. Was früher nur gelegentlich und tunlichst vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen geschah, daß bürgerliche Stände und Interessengruppen sich international zusammenschlossen, beginnt politisches Programm und Bekenntnis der wirtschaftlich orientierten Teile des Bürgertums zu werden. Selbst der schwerste Bannstrahl, den die deutschen Nationalisten wider diese Gruppen schleudern, die sich in internationaler Solidarität mit ihren tschechischen Klassengenossen zusammenschließen wollen, übt keine Wirkung mehr aus. Noch sieht die von der tschechischen Unterdrückungspolitik täglich aufs neue bewirkte Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften dieser Entwicklung der deutschbürgerlichen Politik hindernd im Wege, aber auch diese Hemmnisse werden fallen. Das deutsche Bürgertum will zur Förderung seiner realen Interessen Einfluß im Staate gewinnen; sein Wunsch dürfte beim tschechischen Bürgertum schließlich nicht unerhört bleiben, denn dieses weiß, daß es seine Klasseninteressen in einer geschlossenen Phalanx mit den deutschen Kapitalisten und Unternehmern auf die Dauer wirksamer gewahrt sehen könnte, wie in seiner heutigen politischen Vereinigung mit den tschechischen sozialistischen Parteien. Das geistig und sozialistisch verwahrloste Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten weiß freilich der Betrachtung der Vorgänge im deutschbürgerlichen Lager keine andere Seite abzugewinnen, als auch sie zum Anlaß seiner nun täglich wiederkehrenden öden und erbärmlichen Stänkereien gegen die deutschen Sozialdemokraten zu nehmen. Für die deutsche wie für die tschechische Arbeiterschaft kann es gleichermaßen verhängnisvoll werden, wenn sich die Entwicklung des Bürgertums zur internationalen Klassensolidarität rascher vollziehen sollte, als das Herausfinden der tschechischen Sozialdemokraten aus nationalistischen Irrwegen.

Das Gesetz zum Schutze der Reaktion.

Von Friedrich Austerlitz (Wien). IV. Harte Strafen.

Man scheint sich endlich einzubilden, das Schutzgesetz sei ein recht mildes Gesetz, weil darin die Todesstrafe nicht ausgesprochen wird. Aber wo in aller Welt ist auf strafbare Handlungen, von denen in dem Schutzgesetz gesprochen wird, nämlich auf politische Handlungen, der Tod gekehrt? Oder will man in der tschechischen Republik schon darauf stolz sein, daß man sich von dem altösterreichischen Strafgesetz des Jahres 1852 unterscheidet, das allerdings auf Hochverrat die Todesstrafe setzt? Aber in dem Entwurf eines neuen Strafgesetzes, den das österreichische Herrenhaus im Jahre 1913 beschloß, wird Hochverrat mit Kerker oder Gefängnis von fünf bis zwanzig Jahren bedroht! Und die Republik geht mit der Strafe für „Anschläge“ bis zu lebenslänglichem schweren Kerker! Der Stolz darauf, daß die Republik bei politischen Taten auf den Henker verzichtet, zeigt nur, wie bescheiden die tschechische Demokratie geworden ist.

In Wahrheit sind die Strafen des Schutzgesetzes sehr hart — nicht bloß deshalb, weil die ausgesprochenen Strafsätze überall hoch gehen, sondern vornehmlich deshalb, weil die Möglichkeit, die Strafe zu mildern, wenn der individuelle Fall es gestattet, ja gebietet, äußerst eingeschränkt wird. Da fällt vor allem auf, daß der Versuch des Mordes, wenn er sich gegen „verfassungsmäßige Faktoren“ richtet, unbedingt mit lebenslänglichem Kerker bestraft wird, also selbst dann, wenn er ohne jeden Erfolg geblieben wäre, und auch an jedem Mischuldigen (nur bei „geringerer Teilnahme“) wird die Strafe mit zwanzig Jahren begrenzt). Das altösterreichische Gesetz konnte nur eine Ausnahme von der Regel, daß die höchste Strafe für Mordveruch zehn Jahre, für versuchten Mordveruch zwanzig Jahre ist: für den Kaiser. Und es ist nicht zu verkennen, daß es das sittliche Gefühl verletzt, wenn die Strafe für eine Handlung gegen Leben und Gesundheit nicht gleich bemessen wird, also auch davon abhängig sein soll, wen sie getroffen hat. Das Schutzgesetz begnügt sich aber nicht mit dem Unterschied für den Präsidenten der Republik; auch dann tritt lebenslänglicher Kerker ein, wenn sich der Mordveruch gegen einen Minister, einen Abgeordneten, einen Senator, ein Mitglied des Staatsgerichtshofes, wenn er sich gegen einen gewesenen Präsidenten, einen gewesenen Minister, ein gewesenes Mitglied des Staatsgerichtshofes gerichtet hat. Das ist aber eine bössartige Uebertreibung. Denn der Schluß, daß mit der schwersten Strafe hier abgedreht werden soll, beruht wohl auf einer falschen psychologischen Einschätzung der Attentäter. Die haben doch in ihrem Vorjah den Tod ihres Opfers aufgenommen, haben also, da auf Mord die Todesstrafe steht, in ihrem Vorjah auch den eigenen Tod eingeschlossen, und wenn das sie von dem Attentat nicht abhält, so wird sie auch nicht abschrecken, daß sie, wenn ihr Attentat nicht gelingt, statt bis zu zwanzig Jahren, bis zu ihrem Lebensende im Kerker gehalten werden; es ist da wirklich keine Lücke auszufüllen gewesen. Aber was soll man dazu sagen, daß lebenslanger Kerker nun auch über Menschen unter zwanzig Jahren verhängt werden kann, und daß auch für den entfernten Mischuldigen, und auch wenn der Mordveruch dem Opfer gar keine Nachteile zugefügt hat? Das widerspricht doch dem einfachsten Menschlichkeitsgefühl.

Gerade bei politischen Delikten entsteht wohl die Notwendigkeit, jeden Fall zu individualisieren. Aber das Schutzgesetz läßt nicht einmal das außerordentliche Milderungsrecht zu, will es also unmöglich machen, unter die Mindeststrafe des Strafgesetzes zu gehen; es will dem Richter die Milde unmöglich ma-

hen, keiner soll ein „guter Richter“ sein dürfen. Bei den Anklagen und Spionage ist das außerordentliche Milderungsrecht vorweg ausgeschloffen; aber auch sonst ist es ausgeschlossen, wenn die Tat während eines Krieges oder in einer Zeit begangen wurde, wo die öffentliche Ordnung gestört war und zu ihrer Wiederherstellung außerordentliche Mittel angewendet werden mußten. Welche Logik! Es handelt sich um politische Verbrechen, und es ist klar, daß der Antrieß zu ihnen in einer Zeit eher wächst, wo die politischen Verhältnisse allgemein entflammen sind. Denn der einzelne ist dann viel weniger frei; er unterliegt der Verführung, die von der erregten Allgemeinheit auf ihn übertrömmt. Eigentlich erkennt man das schon das alte österreichische Gesetz an, da es unter den Milderungsgründen anführt, wenn der Täter auf Antrieb eines dritten gehandelt hat, wenn er in einer heftigen Gemütsbewegung war: was doch auf den einzelnen inmitten einer Volksbewegung voll zutrifft. Das Schutzgesetz wird aber da heftig hart! Aber selbst dann, wenn unter dem Strafmaß eine enge Grenze gesetzt (bei Strafen von fünf Jahren auf ein Jahr, bei zehn Jahren auf drei Jahre); diese Begrenzung hat jede halbwegs erleuchtete Strafgesetzgebung längst aufgegeben; in der österreichischen Republik ist das zum Beispiel im ersten Monat ihres Bestandes geschehen. Damit steht auch im traurigen Einklang, daß die bedingte Verurteilung für alle Delikte des Schutzgesetzes aufgegeben wird; für Verbrechen darf der Strafvollzug nur Personen unter 18 Jahren betrafft werden, aber selbst bei Vergehen und Uebertretungen ist er ausgeschlossen. „Wenn das öffentliche Interesse den Vollzug der Strafe heischt“ (Was man, so nebenbei, als Muster einer Kaufschußbestimmung zur Kenntnis nehmen soll.) Dazu gehört auch, daß mit jeder Verurteilung wegen eines Verbrechens zu einem Jahr der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte eintritt, der sogar, wenn das Gericht „feststellt“, daß das Verbrechen aus niedrigen und unehrenhaften Motiven begangen wurde, bei einer Verurteilung unter einem Jahre ausgesprochen werden kann. Daß die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden können, wenn chirose Motive vorliegen, mag man verstehen; aber daß dies mit der Verurteilung vorweg verbunden sein soll, ist einfach abhüchlich. Das heißt auch den Sinn und Begriff der politischen Delikte gründlich verkennen. Da denkt man an Bornes Wort: „Man hat recht zu zweifeln, ob es ein Verbrechen ist, was, vollendet, mit einer Lorbeerkrone verjücht, mit einer Dornenkrone verjücht wird.“

Dieser Haß gegen den Frevler, welcher die Rechtsordnung nicht respektieren will, sich also gegen den staatsrechtlichen oder bürgerlichen Staat auflehnt, der zieht sich durch das ganze Gesetz hindurch. Als typisch konnte man da die „Billigung strafbarer Handlungen“ (§ 18) bezeichnen. Der einen „Täter“ lobt, feiert, rechtfertigt, wer für ihn die Geldstrafe bezahlt, oder für ihn Geld sammelt, dem droht Gefängnis

bis zu einem Jahr. Man versteht, es gibt keine Märtyrer, das Gesetz verbietet, daß die von ihm Verurteilten als Märtyrer betrachtet werden. Wen es in den Kerker schickt, der soll auch geächtet sein vor den Menschen, und wehe dem, der in das Verdammungsurteil nicht einstimmt, den „Täter“ gar loben wollte! Dann ist auch er ein Verworfener und soll ins Gefängnis wandern. Aber da werden keine Drohungen fruchten: diejenigen, die diesen Paragraphen verfallen und, weil sie sich den Herrschenden nicht demütig zu Füßen legen, von ihnen vergewaltigt werden, die werden Märtyrer sein, und man wird sie wohl eher feiern als verdämen. Nichts schlimmer für eine Rechtsordnung, als wenn sie Opfer heischt und Märtyrer schafft.

Der Finanzminister der Zwaonkenska Banka.

Zum Nachfolger Dr. Rasins in seinem Amte als Finanzminister soll der nationaldemokratische Abgeordnete Ingenieur Gottfried Becka, der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Zwaonkenska Banka ernannt werden. Da der bisherige Finanzminister der nationaldemokratischen Partei angehört hat, war es in erster Linie Sache dieser Partei, einen Kandidaten namhaft zu machen. Als solchen präferierten die Nationaldemokraten den Zeltionschef Blasak des Finanzministeriums, ihren Parteigänger. Im Finanzausschuß jedoch, der gestern den ganzen Tag im Parlamente über die Besetzung des Finanzministeriums beriet, stellten sich die beiden Vertreter der sozialistischen Koalitionsparteien auf den Standpunkt, daß der Nachfolger Rasins ein Parlamentarier sein müsse. Daraufhin erklärte Dr. Kramar, der nunmehr der Vertreter seiner Partei im Finanzausschuß ist, daß er diesen Standpunkt seinem Klub mitteilen werde. Der Klub der sozialistischen nationaldemokratischen Abgeordneten beschloß nun, den Abgeordneten Becka als Nachfolger Rasins vorzuschlagen.

Als der ernsteste Kandidat für den Posten des Finanzministers galt bis gestern Abgeordneter Professor Dr. Englis, der gleichfalls der nationaldemokratischen Partei angehört. Nach der Meldung eines Prager Blattes hat der Vertreter des Ministerpräsidenten Minister Malypete tatsächlich mit Englis verhandelt, der aber deswegen abgelehnt hat, weil der Präsident der Republik darauf bestand, daß die staatliche Finanzpolitik auch weiter im Sinne Rasins geführt werden müsse. Daß dies Englis abgelehnt hat, kommt einer entschiedenen Stellungnahme dieses bedeutenden Finanzpolitikers gegen die Finanzpolitik der Regierung gleich, zeigt also, daß die Einigkeit innerhalb der Koalition nicht so groß ist, wie uns die Koalitionsblätter Tag für Tag einzureden versuchen. Englis hat schon bei Lebzeiten Rasins dessen übertriebene Deflationspolitik bekämpft, die dahin ging, den Wert der Krone ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche Auswirkungen zu erhöhen, und deren Ergebnis die verheerende Wirtschaftskatastrophe war, in der wir uns noch immer befinden. Statt dessen befürwortete er eine Stabilisierung der Krone erst auf zehn dann auf 12 bis 13 Centimes. War Rasin ein Vertreter der Interessen des Finanzkapitals, so ist Englis ein Vertreter des Industriekapitals, ein Mann der, was doch unter den Ko-

alitionspolitikern etwas bedeutet, Grundsätze hat, um dementwillen er ein Ministerpostenfleisch abschlecht.

Der neue Mann im Finanzministerium muß jedoch die größten Befürchtungen erwecken. War in Rasin ein Mitglied des Verwaltungsrates der Zwaonkenska Banka Finanzminister, so wird dieser für die Wirtschaft- und Finanzpolitik des Staates bedeutsame Posten nunmehr vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates der genannten Bank besetzt. Man muß angeht, diese Tatsache, die Frage aufwerfen, ob der Posten des Finanzministers das dauernde Besitztum einer einzelnen Großbank ist. Der Einfluß der Großbanken auf unser Wirtschaftsleben, auf die Finanzpolitik, auf unsere Politik überhaupt — auch auf unsere Sozialpolitik — wird dadurch neuerdings gefestigt. Wie soll ein Finanzminister, der Vorsitzender einer Bank ist, die mit einer Reihe anderer Banken versippt ist, die Kontrolle der Banken überwachen? In unserer Finanzpolitik werden also weiter die Spekulationsinteressen der Banken entscheiden und die Lebensinteressen der breiten Massen der Bevölkerung in den Hintergrund gerückt werden. Die Ernennung des neuen Finanzministers ist bezeichnend für den Geist der bestehenden Regierungskoalition, in der die Sozialisten in ständigem Zurückweichen vor den bürgerlichen Parteien sind und ein weiteres Anzeichen dafür, daß das Finanzkapital die eigentlich herrschende Klasse dieses Staates ist.

Inland.

Das Gesetz zum Schutz der Republik. Ende der Spezialdebatte im Rumpfausschuß. — Einsetzung einer Spezialkommission.

Der verfassungsgerechliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses tagte gestern unter wechselndem Vorsitz der Abg. Sruban und Huidel. Es wurden die zwei letzten Teile des Gesetzes zum Schutz der Republik behandelt und die Spezialdebatte zuende geführt. Die Abstimmung wurde in die Zeit verlegt, in der die gewählte Subkommission die eingelaufenen Abänderungsanträge bereits geprüft haben wird. In die sechsgliedrige Subkommission wurden die Abg. Dr. Bartoschek, Dr. Cerny, Dr. Matouschek, Dr. Rejzner, Rajmann und Dr. Rosel entsendet. Ferner werden in das Subkomitee die Universitätsprofessoren Dr. Mikitka (Prag), Dr. Kallab (Brünn) und Dr. Kikota (Bregburg) als Sachverständige berufen. Es wurde weiter beschlossen, das Plenum des Hauses zu ersuchen, die Frist zur Erstattung des Berichtes durch den Ausschuß über das Gesetz zum Schutz der Republik um 5 Tage zu verlängern.

Die nächste Sitzung des Plenums des verfassungsgerechlichen Ausschusses findet Dienstag den 27. Febrer um halb 10 Uhr vormittags statt.

Die Zubringlichen.

Die Leitung der kommunistischen Partei hat den Vollzugsausschuß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu gemeinsamen Kundgebungen gegen das Schutzgesetz eingeladen. In seiner Sitzung am 21. Febrer hat der Vollzugsausschuß unserer Partei bekanntlich den Beschluß gefaßt, daß die deutschen Sozialdemokraten eigene Massenversammlungen veranstalten.

Diese Antwort scheint den Kommunisten nicht deutlich genug. Während sie uns täglich be-

schimpfen und verleumden, wollen sie zugleich mit der Leitung unserer Partei in eine seriöse Korrespondenz eintreten. Sie glauben, daß sich mit ihrem Briefe sogar der sozialdemokratische Reichsausschuß in seiner Sitzung am kommenden Montag beschäftigen wird, und wollen nicht verstehen, daß ihre heutige Erklärung eine Einladung zu gemeinsamen Kundgebungen, die sie dann wieder zur Bekämpfung der Sozialdemokratie benutzen wollen, durch den Beschluß des Vollzugsausschusses gatt abgelehnt wurde. Mit ihnen etwa einen Notenwechsel einzuleiten, dazu haben wir nach den Erfahrungen, die wir bisher mit ihnen gemacht haben, keine Veranlassung. Wir haben uns einmal mit ihnen in der Frage der Arbeitshilfe für Sowjetrußland zusammengefügt, aber einige Wochen später sind sie ohne jeden Grund vom gemeinsamen Verhandlungsstische davongelaufen. Niemals, in keiner Situation, haben sie es mit der Einheitsfront ernst gemeint, sie suchen eine „Gemeinsamkeit“ nur zu dem Zwecke, um uns im Geiste Sinowjets zu bekämpfen und zu „entlarven“. Darum haben sie den Anspruch verworfen, auf ihre Antibiederungsversuche eine ernsthafte Antwort zu erhalten. Die Kommunisten loben unsere heißen Bemühungen um die Erhaltung der proletarischen Einheitsfront vor und nach dem Karlsbader Parteitag mit solch unerhörtem Spott und Hohn befolgt, daß uns der Glaube an die Möglichkeit einer Einheitsfront mit ihnen gründlich ausgerieben wurde. Sie erklären den Arbeitern, daß die kommunistische Partei, die „Elitetruppe“ der Arbeiterschaft, den proletarischen Kampf besser führen werde, als die Sozialdemokratie. Wohlan! Jetzt haben sie Zeit und Gelegenheit, zu zeigen, um wieviel besser sie den revolutionären Klassenkampf zu führen verstehen, als wir, die „Sozialproleten“.

Die Rot der Kämpfer, den wir gegen die Kommunisten führen müssen, hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft hart gemacht. Sie ist jetzt unerträglich „Wegant“ in der Abrechnung aller Anklagenversuche, von denen sie ja weiß, daß sie nur taktische Manöver der Kommunisten sind.

Der Leitartikel in der Freitagnummer des „Vorwärts“, der die Einladung zum gemeinsamen Kampfe wiederholt, ist nichts anderes, als der Ausdruck der größten Verlegenheit der Kommunisten, die nun die Gefangenen ihrer eigenen Phrasen sind. Weder Beschlüsse noch Verdächtigungen unserer parlamentarischen Fraktion und unserer führenden Vertrauensmänner, noch solche Vorwürfe werden uns von dem eingeschlagenen Wege abbringen. Die Kommunisten haben sich gerirt, wenn sie glauben, daß wir ihnen zu dem Versuche die Hand reichen werden, den sinnfälligen Zusammenbruch der kommunistischen Idee und Praxis durch einen „gemeinsamen“ Kampf zu bemänteln. Wir wollen und werden der Bourgeoisie nicht das traurige Schauspiel bieten, daß sogenannte gemischte Kundgebungen zum Tummelplatz des häßlichsten Bruderhasses werden und aus diesem Grunde führen wir unseren Kampf gegen das Schutzgesetz mit Kraft und Würde allein. Die Bundesgenossenschaft der Kommunisten würde unsere Stohkraft gegen die reaktionären Regierungsparteien nur mindern.

Wir hoffen, daß uns der „Vorwärts“ jetzt begreift und daß diese Antwort den Zubringlichen genügt.

Wie eine ehemalige kommunistische Hochburg jetzt aussieht! Bei der Gründung der kommunistischen Partei sind alle Arbeiterorganisationen des

Krieg und Wunderglaube.

Von Franz Lill (Wien).

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß sich nicht allein unter den breiten Volksschichten betriebenen naturwissenschaftlichen Aufklärung gerade in der allerjungsten Zeit der Aberglaube in seinen verschiedenen Formen wieder sehr stark bemerkbar macht. So las man erst kürzlich in deutschen Blättern, daß in Berlin Wahrsagerei und Kartenauflegen und verschiedener anderer dunkler Hofuspokus einen bisher kaum gekannten Aufschwung erreicht haben. In Wien, wo die Astrologie, Chirromantik, Telepathie, Schriftdeute, und Handleskunst gleichfalls in auffallender Weise zugenommen haben, vergeht jetzt auch kaum eine Woche, wo nicht alle möglichen autopsopophyschen, theosophischen, okkultistischen und spiritistischen Vorträge und Vorführungen angekündigt werden, deren wundergläubige Zuhörer und Zuschauer jetzt auch noch aus der sogenannten „Vereinigung erster Bibelforscher“ starken Zuzug bekommen haben. Es ist das eine wunderliche Gesellschaft von Leuten, die mit zunehmender Zahl metaphysischen Schlagern um sich werfen, und ganz wie die mittelalterlichen Buhprediger das Verantwärtlichen eines neuen Messias verkünden, der die an der Sünde krank gewordene Welt wieder aufrichten werde. Daß übrigens auch im letzten Jahre gleich mehrere Zeitschriften gegründet worden sind, die sich mit okkulten Fragen befassen, ist, nebenbei bemerkt, ein deutliches Symptom dafür, daß das Kantische Wort „die Geistesfreiheit stamme von hypochondrischen Binden“ wieder Bedeutung erlangt hat.

Daß es sich bei allen diesen, in unserer Zeit recht merkwürdigen Umtrieben um Erscheinungen handelt, die mit dem Krieg und seinen Folgewirkungen im engsten ursächlichen Zusammenhang stehen, bedarf wohl kaum einer besonderen Erläuterung. So verzeichnete man schon während des Krieges in dem von der Not am ärgsten heimgeschlagenen Erzgebirge eine auffallend starke

Zunahme der okkulten Einflüsse, und in manden Ortschaften entwickelten sich die spiritistischen Seancen geradezu zu einer geistigen Gefahr. Es war damals die Zeit des großen Massensterbens, in der es kaum noch ein Haus oder eine Familie gegeben hat, wo man nicht den Verlust eines Angehörigen beklagte, oder wo die bangende Ungewißheit über das Schicksal eines Verschollenen die Seelen umklammerte, und wo zugleich der immer schrecklicher werdende Nahrungsmangel einen allgemeinen Erschöpfungszustand hervorgerufen hatte, der notwendig auch zu einem seelischen und geistigen Zusammenbruch führen mußte. Neben der schlimmsten Kriegskrankheit, dem Hungertödem, blieben auch die psychischen Deseite nicht aus, die sich auf derselben Grundlage entwickelten, weil einen so abnormen Schwächezustand und einer so tiefen Gemütsdepression, wie sie in weiten Volksschichten vorhanden waren, eine geistige Reaktion folgte, die für den Mystizismus außerordentlich empfänglich machte. Im Mittelalter und besonders zu Zeiten religiöser Wendepunkte und kirchengeschichtlicher Epochen konnte man derartige, in das Gebiet der Psychopathologie fallende Erscheinungen ziemlich oft wahrnehmen. So verursachte religiöse Ueberspanntheit die Verirrungen der Chalvwinisten in Frankreich in den Jahren 1686 bis 1707, die Calvini als „Thomanie mit Ekstase und Konvulsionen“ beschrieben hat. Eminghaus verweist in seiner „Allgemeinen Psychopathologie“ auch auf die 1813 in Deutschland auftretenden Buhprediger, mit denen gegenwärtig die Anhänger der sogenannten „Vereinigung erster Bibelforscher“ manche Ähnlichkeit aufweisen. Am diese Buhprediger scharten sich massenhaft „Besessene und Zeherinnen“. „Immer wählte sich die Gesellschaft im Kreise der Teufel, glaubte das Nachschwert Gottes zu sehen, sie war voll Unruhe über die nahende Stunde und doch wieder voll Hoffnung auf Gnade. Durch Fasten, anhaltendes Beten und Asteien erschöpfte, bekamen sie Geistes, mit denen sie Gespräche führten, sie wurden von Konvulsionen befallen, bellten wie Hunde und heulien wie

Wölfe!“ (Dr. Eminghaus, Dozent an der Universität Würzburg: „Allgemeine Psychopathologie zur Einführung in das Gebiet der Geistesstörungen“.) Daß besonders beim Militär zu Kriegszeiten die Dispositionen zu Psychosen wachsen, darauf hat Professor Rasse in der „Allgemeinen Zeitschrift für Psychopathologie“ hingewiesen. Große Strapazen, schlechte Ernährung, Trunk, Aufregung und Gemütsbewegungen jeder Art, Verwundungen und Träume, können selbst bei völlig Gesunden Psychosen herbeiführen.

Der Krieg, der durch vier Jahre die Welt mit den furchtbarsten Folgen heimsuchte, bewirkte aber nicht nur bei den Soldaten im Felde, sondern auch bei vielen Menschen im Hinterland die stärksten seelischen Erschütterungen. Neben den Sorgen und Entbehrungen, die die Menschen körperlich schwächten und ihres psychischen Widerstandes beraubten, war es eine vielfach bis zur Verzweiflung gesteigerte Gemütsdepression, in der der Gung zum Ueberstürzen und der Glaube an ein übermächtig waltendes Fatum wieder Gewalt erlangte. Auch der Mystizismus hat bestimmte soziale und ökonomische Ursachen. Der furchtbare Aderlaß des Krieges, körperliche Strapazen und seelische Anspannungen, haben den geistigen Gleichgewichtszustand der Menschen erschüttert, der sich nun umso schwerer wieder herstellen läßt, als die unheilvollen Folgen der Katastrophe noch immer nachwirken. In einer geschwächten und entwerteten Menschheit findet sich aber nicht nur der Boden, auf dem sich Krankheiten und Epidemien entwickeln, sie unterliegt auch zuweilen Massenpsychosen, die in Zeiten weltgeschichtlicher Erschütterungen aufzutreten pflegen.

Daß auch die Katastrophe des Krieges, wie sie trotz der allgemein erkannten imperalistischen Tendenzen des Kapitalismus unvermittelt mit aller Wucht hereinbrach, an sich schon geeignet war, selbst erlebte Geister von ihren bisherigen Erkenntnissen abzurängen, dafür liefern gerade die weltstischen Gedankengänge einen deutlichen Beweis, in denen sich die Kriegsbeobachtungen des vielleicht größten Teiles unserer Intellektuel-

len bewegen. So wie der kürzlich verstorbene deutschfreundliche schwedische Gelehrte Rudolf Kjellen in seiner zu Anfang des Krieges erschienenen Schrift „Die Idee von 1914“ den Krieg nur als „geistige Renaissance“ bezeichnete, die der Aufklärungsperiode folgen mußte, so haben auch andere namhafte Vertreter der Wissenschaft den Beginn des Krieges als die Geburtsstunde einer neuen Zeit gefeiert, in welcher der an der Freiheit überfüllte Geist wieder zu dem göttlichen Geleitz zurückfinden werde. Dürfen wir uns also wundern, wenn nun die Saat, die von berufenen Volkserziehern ausgestreut worden ist, auch ihre Früchte treibt? In der Bourgeoisie waren es schon vor und während des Krieges, und vielleicht mehr noch in der Zeit, die nachher folgte, andere Ursachen, aus denen sich die starke Abneigung gegen die Ideale der Aufklärung und das Anklammern an die geistigen Mächte vergangener Zeiten erklären läßt. Aus ihrer Herrschaftstellung immer mehr verdrängt, im Kampfe mit den aufstrebenden proletarischen Schichten, ist sie müde geworden und sucht nun ihre letzte Zuflucht bei den ältesten Dogmen. So findet auch ein Teil der Intellektuellen, der die bürgerliche Wissenschaft repräsentiert, den Weg zu einer „geistigen Renaissance“, die in Wirklichkeit nur die Ideale einer längst vergangene Geistesperiode verkörpert.

Für die proletarischen Klassen bilden alle diese geistigen Ermüdungserscheinungen eine Gefahr, weil sie gleichsam dem Gummiboden für die Reaktion und ihre Früchte sind. Kulturüde Weltstucht und eine zum dunkelsten Mystizismus neigende asketische Philosophie, waren immer Zeichen einer Verfallperiode. Die Arbeiterklasse muß sich von solchen geistigen Kraufheitsstoffen freihalten, und ihren Aufschwungsweg mit dem neuen Lebensideal des Sozialismus begehen, das vor trübseligem Schwermut und vor spiritisierendem Sekterertum bewahrt!

nordböhmischen Industriebezirk Zwettau zu den Kommunisten übergegangen. In jener Zeit waren allein in der Ortsgruppe Zwettau der Anton der Textilarbeiter 2000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Leider ist es bisher nicht gelungen, im Zwettauer Bezirk auch nur eine einzige sozialdemokratische Organisation zu errichten, die Arbeiterkraft dieses Gebietes nicht vollkommen unter dem Einfluß der Kommunisten. Am 23. Febr. fand nun in Zwettau eine kommunistische Massenversammlung gegen das Schutzgesetz statt, die nach dem Berichte des „Vorwärts“ (Freitagnummer vom 23. Febr.) von mehr als 100 Personen besucht war. So sieht eine ehemals kommunistische Hochburg heute aus!

Die Opposition in der nationalsozialistischen Partei Die Herausgabe eines eigenen Wochenblattes, das den Titel „Polná Tribuna“ (Freie Tribüne) führen und von den einflussreichen Redaktionsmitgliedern des „Česko Slovo“ geleitet werden wird.

Richtlinien. Ein Jurist schreibt aus: „Um die in der Deffektivität wiederholt erörterten Diskrepanzen in formaler Abfassung von Gesetzesentwürfen aus der Welt zu schaffen, hat der Ministerialrat“ — wie wir im „Proger Tagblatt“ lesen —

„eine Reihe von Richtlinien aufgestellt, nach denen sich künftighin die einzelnen Ministerien bei der Abfassung von in ihr Ressort fallenden Gesetzen u. Verordnungen zu richten haben.“ — Unter diesen Richtlinien finden wir auch die folgende: „Die Derogationsklausel ist ausführlich anzuführen. Es muß daher genau angegeben werden, welches Gesetz und welcher Paragraph durch ein neues Gesetz ihre Wirksamkeit verlieren und es genügt nicht, daß einfach gesagt werde, daß alle bisherigen mit dem neuen Gesetz in Widerspruch stehenden Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Wir betrachten unter diesem Gesichtspunkt den Regierungsentwurf zum Gesetz zum Schutze der Republik und finden:

§ 10.1: „Alle bisherigen gesetzlichen Bestimmungen werden aufgehoben, insofern sie diesem Gesetze widersprechen.“

Und sind der Meinung, daß der Grund zur Nichtinhaltung der „Richtlinie“ nicht nur in der Bequemlichkeit der Verfasser zu suchen ist, sondern daß hier auch das Bestreben zu finden ist, für die Sicherheit die alten Bestimmungen nicht ausdrücklich aufzuheben, damit, falls wider Erwarten ein Tatbestand nach dem Schutzgesetz nicht strafbar wäre, auf das alte Strafgesetz zurückgegriffen werden kann.

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot.

Debatte im Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde nach Erledigung einiger weniger wichtigerer Gesetzesvorlagen in die Debatte über die Dringlichkeitsinterpellationen betreffend die wirtschaftliche Lage eingegangen. Abg. Genosse Schäfer wies darauf hin, daß eine einseitigere Verkehrs-, Handels- und Außenpolitik der Krise hätte vorbeugen müssen, während Abg. Genosse Dietl vom Volksernährungsminister energische Maßnahmen gegen die Teuerung und für den Preisabbau verlangte. Sofort kam in der Debatte außer dem kommunistischen Redner noch der slowakische Sozialdemokrat Abg. Pělo zu Wort, der die Schuld für die Wirtschaftskrise nicht etwa am kapitalistischen System und der verfehlten Politik der Regierung überhaupt sieht, sondern ausschließlich und allein am Vorgehen der deutsch-magyarischen Kapitalisten. Die tschechischen und slowakischen Kapitalisten sind wahrscheinlich gänzlich unschuldig wie immer.

daß die Krise in der Industrie niemals hätte so furchtbar ausarten können, wenn rechtzeitig eine andere Handels- und Verkehrspolitik gemacht worden wäre und wenn rechtzeitig entsprechende Verfügungen und Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Arbeitslosigkeit und gegen die Stilllegung von Betrieben unternommen worden wären.

Nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch in den Kreisen erstdenkender tschechischer Volkswirtschaftler dieses Staates ist man schon längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir es in der Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei mit einer Folgeerscheinung einer verkehrten Wirtschaftspolitik zu tun haben.

Regierung schildert sodann die verfehlte Politik der Regierung, die Schuld ist an der Arbeitslosigkeit und bespricht sodann unserer Forderungen zu deren Verringerung. Wir wollen vor allem anderen, daß endlich jenes Investitionsprogramm erfüllt werde, mit dem die Regierung in dem Aufsatze an die Bevölkerung im September vorigen Jahres großgetan hat. Was hören wir heute von der Durchführung dieser Notstandsbauteil, die in Aussicht genommen worden sind, was vernehmen wir da? Wir sind begierig, was der Minister für öffentliche Arbeiten im Verlaufe der Auseinandersetzung über die Absichten, die man hinsichtlich der Durchführung des Investitionsprogramms hat, mitzuteilen weiß. Wir sind ferner gespannt darauf, was uns der Handelsminister mitteilen wird, der schon vor einigen Wochen erklärt hat: die Krise ist vorbei. Wir sind gespannt darauf, wie er die zunehmende Arbeitslosigkeit im Dezember und Jänner erklärt. Wir sind begierig, wie er die weiteren Stillsetzungen der Betriebe in Einklang bringen wird mit seiner Verkündung vom Ende der Krise. Wenn hier und da eine Textilfabrik anstalt vier Tage in der Woche sich jetzt, weil ein paar Bestellungen eingelaufen sind, anständig 6 Tage zu arbeiten, so ist das ein Einzelfall.

Es ist auch im Laufe der letzten Monate überall im Staate vom Abbau der Löhne und Bezüge der Angestellten und Arbeiter die Rede gewesen. Die Lohnsänkungen schwanken nach einem statistischen Ausweis zwischen 12 und 35 Prozent. Wir fragen nun, wie hat der Staat die veränderten Verhältnisse, die durch das Steigen des Kronenwertes in Juri eingetreten sind, berücksichtigt, um die Löhne, die auf dem Wirtschaftsleben ruhen, abzubauen. Wir hören nichts von der Auflassung der Kohlensteuer. Die hohen Tariffsätze bleiben ebenfalls auf der gleichen Höhe. Es ist einmal davon die Rede gewesen, daß man die Posttarife ermäßigen wird. Nichts von alledem ist geschehen, dafür verbuchen sich die Herren den Kopf mit einer neuen Belastung der Bevölkerung.

Wenn das

Schutzgesetz.
das Sie hier in diesem Staate schaffen wollen, dieses geschmackvolle Knebelungsgesetz verwickelt wird, und wenn es so gehandhabt wird, wie es nach seinem Wortlaut möglich ist,

langt die Tschechoslowakei mit den bestehenden Gefängnissen nicht mehr, und muß neue Gefängnisse bauen.

Vielleicht meinen die Koalitionsparteien, daß das die richtige sozialpolitische Tätigkeit sei, der man sich widmen und alle Aufmerksamkeit zuwenden könne. Wir halten es für notwendig, jene Maßnahmen durchzuführen, die uns schon im September des vorigen Jahres angekündigt worden sind. Wir glauben, daß dies zur Konsolidierung der Tschechoslowakei mehr beitragen würde, als die Schaffung von Gesetzen, durch die Polizei und die Staatsanwälte zu den eigentlichen Beherrschern dieser Republik werden. Wir sind sehr gespannt darauf, was uns nach sechsmonatlicher Untätigkeit in der Frage der Behebung der Krise die Minister sagen werden. (Beifall.)

Nach dem slowakischen Sozialdemokraten Abg. Pělo spricht

Abgeordneter Genosse Dietl.

Wenn wir zurückblicken auf die Zeit im Herbst 1922 und wenn wir insbesondere den Aufsatze, den die Regierung seinerzeit am 10. September an die Bevölkerung gerichtet hat, zur Hand nehmen, finden wir darin sehr viel Schönes.

Was sagt nicht die Regierung in diesem Aufsatze!

Aber wenn wir uns ansehen, wie weit diese Versprechungen Rechnung getragen wurde, finden wir, daß da sehr wenig geschehen ist und daß wir von den Wirkungen all dieser Versprechungen nichts spüren. Die Preise sind bei uns noch immer zehnmal so groß als die Friedenspreise, wir haben in der letzten Zeit eine Steigerung der Indexziffer, sowohl im Jänner wie im Februar, zu konstatieren; dadurch wird selbstverständlich die Lebenshaltung der Konsumenten auf das Ärgste bedroht. Wenn wir uns in den Ländern anschauen und die Indexziffern vergleichen, sehen wir erst, wie weit wir sind. Dänemark verzeichnet heute eine Indexziffer von 178 gegen 100 in Friedenszeiten, die Schweiz 163, Schweden 164, Holland 162, England 155 und Amerika 131. Dort sind also bald die Vorkriegspreise erreicht, während bei uns keine Spur davon zu sehen ist. Im Gegenteil, wir spüren schon wieder das

Einsetzen der neuen Teuerungswelle.

Die Teuerung betrifft die Lebensmittel, Textilwaren und Schuhwaren. Bei den Lebensmitteln möchte ich das Ernährungsministerium nicht frei von Schuld sprechen, ich möchte nicht behaupten, daß es alles vorgelehrt hat, was notwendig war, um die Preissteigerungen hintanzuhalten. Ich möchte n. a. an die Verordnungen erinnern, die vom Ernährungsministerium erlassen worden sind, um hier einschränkend zu wirken, vor allem an die Verordnung vom 27. Jänner bezüglich Erleichterung einer interministeriellen Preiskommission für den Preisabbau. Wo ist nun die Tätigkeit dieser interministeriellen Kommission? Wie weit hat der Ministerialrat selbst eingegriffen, denn dieses Eingreifen vorbehalten wurde? Wenn es dem Ernährungsministerium ernst ist mit der Festsetzung der Jüderpreise, mit dem Eingriff in die Jüderwirtschaft müßte begonnen werden, vor allem schon bei der Festsetzung der Rübepreise. Dann müßte der Rohzuckerpreis überprüft und unterbunden werden, es nicht gerade der Beginn der Preissteigerung liegt. Dort gerade, der Ernährungsminister wird uns Aufklärungen darüber geben, welche Vorkehrungen getroffen worden sind, um vorzubeugen, daß bei diesen Artikel wieder Erhöhungen stattfinden.

Dasselbe ist bei den Fettpreisen der Fall. Die Fettpreise werden auch ganz bedeutend durch die Steuern beeinflusst. Da müßte ebenfalls das Ministerium einschreiten, um eine Herabsetzung der Umsatzsteuerpankose herbeizuführen und so preismindernd zu wirken.

Ich möchte noch weiter auf den Salzhandel verweisen der darin besteht, daß einer Privatgesellschaft ein Monopol von weitgehender Bedeutung verschafft wurde. Früher konnten wir mit der Einfuhr von ausländischem Salz die Preise drücken. Nun besteht ein Einfuhrverbot und es ist nicht mehr möglich, die Preise zu bestimmen. Die „Czechoslovakia“ müßte ihr Monopol aus und so haben wir bereits auch mit einer Erhöhung der Salzpreise zu tun.

Ich möchte nun noch auf die Devisenordnung verweisen und darauf, daß unserer Volkswirtschaft dadurch keine Erleichterung geschaffen wird, sondern, daß sie nur erschwerer wird. Die neue Devisenordnung wird niemandem, der Spekulation betreiben will, davon abhalten, sie trifft aber alle die Säuer, die gezwungen sind, mit dem Ausland Geschäfte zu machen, weil keine Menge von Notariatsakten und von anderen Dingen bei dieser Umwidlung von Geschäften verlangt wird, die verteuert wirken.

Wir erörtern auf alle unsere Fragen eine klare Antwort, um zu sehen, wie weit die Regierung Vorkehrungen treffen will, um Ordnung zu schaffen.

Zuschl. der Sitzung um 1 Uhr 11 Minuten.

Präsidentialsitzung.

In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wurde zunächst das Programm der Plenarsitzung besprochen und sodann die weitere Arbeitseinteilung für die kommende Woche beraten. Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung für Dienstag den 27. Febr., 1 Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung festzusetzen: 1. Bericht über die achte internationale Handelskonferenz in Paris. 2. Zweite Lesung des Gesetzes, durch welches einige Bestimmungen über die Einhebung der direkten Steuern in der Slowakei geändert werden. 3. Fortsetzung der Debatte über die wirtschaftlichen Dringlichkeitsinterpellationen. 4. Der Antrag, der Senat möge die Frist zur Behandlung des Senatsbeschlusses über die Offentlichkeit der Schwurgerichtsverhandlungen um drei Monate erstrecken. 5. Unerledigtes aus der Freitagssitzung.

Zu der Dienstagssitzung wird Minister Haberman eine Erklärung abgeben; die Abstimmung über diese Erklärung dürfte in den Abendstunden erfolgen.

Nationaler und nationalistischer Klein-Krieg.

Von Felix Stöffinger (Berlin).

Wenn man die deutschen Zeitungen jetzt aufmerksam liest und nicht nur den siegreichen Wolff-Depeschen, sondern auch den oft recht ausschlaggebenden Briefen an ihre Zeitungen genügende Aufmerksamkeit schenkt, dann bemerkt man, nicht ohne den Ausdruck schmerzlichen und niederdrückenden Erstaunens, wie sehr der deutsche Sprachschatz um wertvolle, aber um so dauerhaftere Vokabeln aus der Kriegszeit verarmt worden ist. Das Angehörige wird einem „Kriegsschmugler“ verglichen, das unheimliche Aufmerksamkeitsmerkmal, das unheimliche „Dolchstoß“ genannt, Preiswucher soll als „Landsverrat“ bestraft werden und „Verteidiger“ der Franzosen gehören „an die Wand“.

Auch das Schicksal des deutschen Volkes, dessen grausame Härte wohl die am meisten empfinden, die am wenigsten Pathos dafür aufbringen, wird wieder mit der falschen Kriegsentimentalität leider ganz zu Unrecht vor die Kulisse des Welttheaters gezogen und wie einst „die ganze Welt“ an Deutschland gekettet sollte, so soll nun „die ganze Welt“ Deutschland helfen und retten. Und wieder nennt sich der Deutsche stolz-bescheiden „Mittel“, er ruft sich zu „aufzuwachen“, er fordert die Regierung auf, Propaganda zu treiben, erwartet alles Heil von der deutschen „Einigkeit“ und „Ausdauer“ und wieder glaubt er, daß die Kunst der Politik nicht im Handeln, sondern im Warten besteht, während alle Entscheidungen bei den Kämpfenden „da draußen“ liegen, deren „Durchhalten“ allein den Sieg „verbürgt“.

Wenn die Sprache nicht wirklich der Ausdruck des menschlichen Denkens wäre, bräunte man der Nechtheit des Vokabulars der Kriegszeit mit der jetzigen keine Zeile schenken. Aber leider führt die Gleichheit des Ausdrucks auf die Gleichheit der Gedanken zurück, und wenn auch wirklich niemand die Kämpfe, in die heute der Republik verwickelt ist, mit dem Klauheiß der Monarchie vergleicht wird, so läßt doch die Unveränderlichkeit der Ausdrucksweise fürchten, daß das deutsche Volk politisch noch immer nicht reifer geworden ist und wieder wie im Krieg teils von Affirmationen, teils von einem recht ungeistigen Vertrauen auf die Macht rein dynamischer Faktoren eine Einwirkung auf die politischen Geschicke erwartet.

So kann man sich denn auch nicht wundern, daß alle dummen und inzwischen schon so oft verpöhlten Ausgeburten der Kriegshysterie sich in abgewandten Zuständen wieder melden. Die Abschwachung hat aber zweierlei Gründe. Erstens steht der übergroßen Masse der Krieg noch tüchtig im Magen, man hat weder die Keigung, noch auch die physische und seelische Kraft, tüchtig in Doh zu machen. Zweitens bemüht sich aber die sozialdemokratische Geschulte Klasse sehr, allen Ausschweifungen des Nationalismus Widerstand zu leisten und den Ruhrkampf nicht zu einem sinnlosen „Kassensampf“ unheiligen Angehenden, wie er einst von Bethmann gepredigt wurde, erarten zu lassen.

Es ist nun allerdings auf diesen Gebiete schon viel gesündigt worden, am meisten wieder einmal von der Industrie und jenen Teil des Handels, der später am ersten wieder sein internationales Geschäft ins Trockene bringen wird.

Wie lange kämpfte schon die Sozialdemokratie in der Presse und im Parlament gegen die Ueber-schwemmung Deutschlands mit den französischen Erzeugnissen des Luxus. Französische Kleider und Seidenwaren, Weine und Liköre, Cognat und Unterwäsche, Süßfrüchte und Parfüms, alles strömte ungehindert über die Grenze, unseren Schimmern und Säubern zur Luft. In der bürgerlichen Presse heutzutage, gegen Frankreich vor Joch kapitulieren mußte, gegen Frankreich. Aber die Leser dieser Presse und ihre politische Vertretung war nicht zu bewegen, jene, das deutsche Volk schwer schädigende Einfuhr des Luxus zu verbieten. Man importierte Feuertrottelapellen und Damenschlupfer, man fuhr nach Paris, um nicht einen Tag hinter dem neuesten Schnitt zurückzubleiben. Das alles tobte sich ungehemmt an.

Und heute... Heute sind gerade diese Kreise führend im Vorkampf gegen Frankreich. Die französischen Parfüms und Fuder und Weine werden in neue Gefäße mit unverdächtigen Etiketten umgeschüttet, die Hotels, die einst mit ihrem Proffertum die Masse gereizt haben, rühmen sich durch öffentlichen Aufschlag, keine Franzosen und Belgier aufzunehmen, und die Theater, die zwar der französischen ersten Dichtung so wenig Aufmerksamkeit boten wie der deutschen, die aber dafür durch ihre Agenten die neueste Pariser Coconerie vor ihr urdenkstliches Publikum zierten, weil der Deutsche zwar Schweinefleisch liebt, sie aber nicht mit gleicher Grazie produzieren kann, die prahlten nun als erste mit ihrem vom Trockenboden gehaltenen Parfüm und leiteten alle französischen Stücke vom Repertoire ab. Aberne, nationalistische Welt, die schnell Carmen von der Bühne rieb und sich noch in Pressentönen dieses großen Sieges rühmte!

Die Erzeffe eines solchen Patriotismus würden nicht so widerlich sein, wenn sie wenigstens konsequent und von Dauer wären. Aber wer wird als erster wieder nach Paris fahren und in Niereninspiration die Ankunft Pariser Modelle anzeigen? Wer wird die deutsche Markt in ihrer Agonie nach der unausbleiblichen Konsti-

übertragung des deutsch-französischen Montan-
 kräftes vor der künftigen deutsch-belgischen,
 englisch-amerikanischen Zugewinnverteilung?
 Wer wird die Kämpfe der Sozialdemokratie um
 einen Schutz des Volkes vor der Zugewinnverteilung
 leichten und wahrscheinlich wieder illusorisch
 machen? Wer wird wieder die Theater, in denen
 Pariser Szenarien gespielt werden, besuchen,
 und die anderen, in denen deutsche Dichter, Künstler,
 Schöpfer leben, sprechen, der Weite überlassen?
 Ah, wir kennen den Wert, die Standhaftigkeit, die
 Echtheit dieses Profitorientierten. Einmal
 schmeiße er die Franzosen heraus, um Gesichts
 zu machen, ein andermal hungert er das eigene
 Volk aus, um des Geschäftes mit dem „Geb-
 feind“ willen.

Die Sozialdemokratie sucht im allergeringsten
 Gegenstand den Kampf nicht auf nationalstati-
 schen, sondern auf rein nationaler Basis zu ziele-
 n. Da zeigt es sich wieder, daß Sozialismus und
 nationale Politik keine Gegensätze sind, sondern
 einander ergänzen. Wer ist mit solcher Leiden-
 schaft wie Marx, Engels, Lassalle für den Ge-
 danken und die Tat der nationalen Demokratie
 aufgetreten? Nationale Demokratie
 heißt ja nichts anderes, als ein Selbstbestim-
 mungsrecht der Klassen nach innen und der Völ-
 ker nach außen zum vollkommenen Triumph zu
 führen. Daher erfüllt die Sozialdemokratie ihre
 Pflicht, wenn sie das nationale Interesse rich-
 tig erkennt und unter Umständen im Interesse
 der nationalen Demokratie auch nach außen, nicht
 nur nach innen, Kämpfe führt.

Jah will hier nicht die gegenwärtige Politik
 der deutschen Sozialdemokratie kritisieren, noch
 mich mit ihr identifizieren. Aber eins steht fest:
 die Sozialdemokratie bemüht sich eine nationale
 Politik in Gegensatz zu der unter dem Bodent-
 schmelzenden und vulkanisierenden nationalstati-
 schen zu treiben. Und wer dies will, der wendet sich
 mit Eifer und vielleicht auch nur mit einem La-
 cheln des Bedauerns von den Ausschweifungen
 des Nationalismus ab, zu dem leider so große
 Kreise des Volkes schnell wieder zurückgefunden
 haben.

Heute zeigt sich zum erstenmal in Deutsch-
 land, daß nationales Gefühl und Nationalismus
 nicht miteinander zu tun haben. Es gibt wohl
 ein Zusammengehen dieser Gefühle bei gewissen
 Völkern, z. B. bei Engländern und Franzosen,
 aber in Deutschland selbst ist das niemals der
 Fall. Im Grunde ist das Nationalgefühl beim
 Deutschen überhaupt erst im Keime vorhanden,
 daher äußert sich die nationale Empfindung bei
 den herrschenden Klassen nur nationalstatisch.
 Durch politische Schulung und natürliches Emp-
 finden wird wahrscheinlich einmal das deutsche
 Proletariat zu einem unbedingt zuverlässigen Trä-
 ger des nationalen Gedankens, der deutschen Ein-
 heit und gleichzeitig der europäischen Gemein-
 schaftsinteressen werden. Ein solcher Zustand
 wird dafür bürgen, daß eine nationalstatische Po-
 litik nicht mehr möglich sein wird und der Pa-
 triotismus sich im Dienst an der Gemeinschaft,
 aber nicht in ihrer Bewunderung, wie heute, ge-
 mäßert durch Franzosenhass, betätigen wird.

Kompliment. Sie: „Wann heiraten Sie
 denn nicht?“ Er: „Ich hätte schon Lust; aber
 ich habe zu viel Angst vor ungezogenen und un-
 geordneten Kindern.“ — Sie: „Aber, wo wären
 Sie denn heute, wenn Ihr Vater auch so gedacht
 hätte?“

Bohaft. Hedda (zu ihrer Freundin): „In
 jeder Ehe gibt's mal einen kleinen Streit, aber
 meine Kinder werden es nie.“ — Gina: „Wie
 machst du das?“ — Hedda: „Ich schide sie
 vorher fort.“ — Gina: „Ah, jetzt verheibe ich,
 weshalb Sie immer auf der Straße sind.“

Es ist uns immer angelegener, Menschlich-
 keit zu zeigen, als Lebensort! Leifing.

Tages-Neuigkeiten.

Das Geheimnis der Prager Kunst ist end-
 lich geklärt, der aufstrebenden Menschheit wird's
 in der „Prager Presse“ von jenem Dämon ver-
 kündet, der sein überflüssiges Dasein durch die
 Redigierung der Rubrik „Aus der Gesellschaft“
 fristet. Die Sorgen der Regierungspresse sind
 nämlich derzeit den „Prager Frauen und Mäd-
 chen“ zugewendet, über die sie unter anderm fol-
 gendes schreibt:

Der Reiz, der den Liebreiz, der Prager
 Frau ausmacht, ist die Fessel des Fußes!
 Hier liegt das ganze Geheimnis der gro-
 ßen gotischen und barocken Kunst
 Prags. Angesichts solcher Frauen-Fessel
 mußte man zu großen Kunstwerten begeistert
 werden! Diese Fessel, leicht ansteigend wie die
 Aphroditiden Wege des Meeres, ist schließlich
 eine europäische Verühmtheit.
 Der kurze Rock, leider jetzt nicht mehr modern,
 hat sie an den europäischen Tag gebracht.

Sprachs, drückte das Monopol selber ins
 Auge, um so, trotz des langen Rocks, auf seine
 Rechnung zu kommen und fühlte sich selber als
 berühmte, wenn schon nicht in Europa, so doch
 auf dem Prager Corso.

Wie es dem Zensur unter dem Schutze er-
 gehen wird. Die Skandale „Svoboda“ schreibt:
 In der letzten Nummer hat uns unser geliebter
 Zensur ein Zitat des Präsidenten Masaryk kon-
 fiziert. In unserer geliebten Republik, welche,
 wie bekannt, das demokratischste Land des Erd-
 rundes ist, wurde schon viel konfiziert. Tolstoi
 und Machar, Bektub und Sotropolis Cech, Run-

Wonnar Lawo Hyppel an Amerika.

London, 22. Febr. (Tsch. W.) Wonnar Lawo
 sprach heute auf einem Frühstück der Union der
 englisch Sprechenden, an dem auch der amerikani-
 sche Botschafter teilnahm, über die Freundschaft
 der englisch Sprechenden Rassen und ihre Bedeu-
 tung für die Angelegenheiten der Welt. Die Wir-
 lung des Umstandes, daß sich die Vereinigten
 Staaten nach dem Kriege zurückgezogen haben,
 sei gar nicht abzumessen. Wenn die Um-
 stände so gewesen wären, daß Amerika bei der
 endgültigen Herstellung des Friedens eine gleiche
 Rolle hätte spielen können wie im Kriege, so
 würde die Welt heute in einer viel besseren Lage
 sein. Daher hoffte er, daß die amerikanische Regie-
 rung sich bereits erenne. Es werde sich dann
 Gelegenheit bieten, daß die amerikanische Regie-
 rung nicht abseits der Schwierigkeiten der
 Welt stehen wird.

Die englische Völkerbundesvereinigung gegen die Gewaltpolitik.

London, 23. Febr. (Wolf.) Lord Robert
 Cecil hat als Vorsitzender des Vollzugsausschusses
 der Völkerbundesvereinigung eine Mitteilung
 über die Politik der Vereinigung mit Bezug auf
 die Lage im Ruhrgebiete veröffentlicht
 lassen, worin es heißt: In Anerkennung der Tat-
 sache, daß die gewalttätige Befestigung deutschen
 Gebietes durch die französischen Heere eine extreme
 und unmittelbare Gefahr für den Frieden Euro-
 pas und die wirtschaftliche Wohlfahrt zahlreicher
 Länder darstelle, sowie der Tatsache, daß die
 überwiegende Mehrheit des britischen Volkes stets
 zugunsten der Regelung dieser internationalen
 Fragen durch den Völkerbund sich erklärt hat,
 hat der Vollzugsausschuss der Völkerbundesvereinigung
 den lebhaften Wunsch, die Notwendigkeit zu be-
 kräftigen, daß der gesamte Komplex inter-
 nationaler Fragen, dessen Mittelpunkt die Repara-
 tionsfrage bildet, sobald wie möglich vor den Völ-
 kerbundsrat oder die Völkerbundesversammlung
 gebracht werde, womöglich mit Unterstützung
 Deutschlands und der Vereinigten Staaten. Sie
 erkennen an, daß die Wahl des Augenblickes hier-
 für und die Wahl des Organes notwendigweise
 der Regierung des Staates vorbehalten sein müsse,
 weist jedoch nachdrücklich darauf hin, daß jede
 nicht notwendige Verlängerung verhängnis-
 volle Folgen haben könne, und hofft, daß die
 Zweigstellen des Verbandes ihr Möglichstes tun
 werden, um das Parlament und die Regierung zu
 unterstützen, energisch eine Politik auf dieser
 Grundlage zu verfolgen.

Französisch-belgische Zivilverwaltung der Bahnen.

Paris, 23. Febr. (Sabas.) Die Meldungen
 über die Einführung einer französisch-belgischen
 Zivilverwaltung auf den Eisenbahnen in den

wurde auch Masaryk konfiziert (in unserem
 Blatte schon einmal). Aber da hatten wir noch
 nicht das Gesetz zum Schutze der Republik. So-
 bald wir es haben werden, wird unser Zensur in
 arge Räte kommen. Man stelle sich die Situation
 vor: Der Redakteur der „Svoboda“ wird irgend-
 wo ein Zitat oder einen Artikel Masaryks ausgra-
 ben und ihn zum Abdruck bringen. Das Zitat
 oder der Artikel wird selbstverständlich die Inter-
 essen der Republik bedrohen. Und nun wird sich
 der Herr Zensur in folgendem Dilemma befinden:
 wenn er den Artikel nicht konfiziert, macht er
 sich mitschuldig eines Anschlages auf die Re-
 publik und kann für Jahre Gefängnis riskie-
 ren. Konfiziert er den Artikel, dann begeht er
 eine Beleidigung des Präsidenten und muß
 auch auf ein paar Jahre ins Gefängnis.
 Und so wird es vom guten Willen des Redaktors
 der „Svoboda“ abhängen, ob unser Zensur in
 Freiheit sein wird oder im Gefängnis.

Die tolgelagte Sozialdemokratie. So oft wäh-
 len in Sicht sind, sagen die Bürgerlichen — als
 Einleitungsmanöver zum bevorstehenden Wahl-
 kampfe — die sozialdemokratische Partei ist.
 So war es einst, so ist es heute! Diesmal gebührt
 das Verdienst, als erste den Untergang unserer Partei
 festgesetzt zu haben, der Warnsdorfer „Ab-
 wehr“. Der politische Redakteur dieses deutsch-
 demokratischen Publikations hat am Donnerstag
 in bewundernswürdiger Energie die Schere tatsä-
 chlich mit der Feder vertauscht um allen jenen,
 die es noch nicht wissen, zu verdeutlichen, daß unsere
 „Abwehr“ abgelaufen ist, daß wir nur noch einen
 „Berzweigungslamp“ führen, der aber die „Waf-
 sendeckung“ aus dem sozialdemokratischen Lager
 nicht aufhalten wird. Da alles, was die „Abwehr“
 schreibt, wahr ist, kann sich der biedere Schrif-
 tsteller jeden Beweis seiner Behauptungen sparen
 und vielmehr spekulieren er auch wirklich mit
 Erfolg auf die Dummheit der Warnsdorfer bürger-
 lichen Zeitungsleser, die da nun wirklich glauben
 werden — weil sie es wünschen —, daß die So-
 zialdemokratie aufgehört hat, eine Massenpartei zu
 sein. Die armen Gläubigen, wie fragwürdig wird
 das Erwachen aus dem Schlafe sein, in dem sie der
 Schriftsteller kullt! Man sollte es zwar nicht für
 möglich halten, daß die Spitze von dem Massen-
 aufmarsch der Sozialdemokraten bei allen Kund-
 gebungen gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Robe-
 raktion, gegen das Schutzbüchlein so gar nichts mer-
 ken. Aber sie werden unmerklich schauen, wenn
 ihnen die schon so oft wiederholte und unge-
 segnete Sozialdemokratie der „Abwehr“ so deutlich
 zum Bewußtsein bringen wird, daß ihnen die Oh-
 ren gelten. Und das Warnsdorfer demokratische
 Schreiberlein wird sich dann beim Anrücken der

Rheinlanden und im Ruhrgebiet, welche die un-
 vorteilhafte deutsche Verwaltung
 ersetzen soll, werden offiziell bestätigt.

Eine trauzeige Statistik.

Berlin, 23. Febr. (Eigenbericht.) Nach den
 bisher vorliegenden Meldungen sind in dem Ein-
 bruchsgebiet seit dem Einmarsch der alliierten
 Truppen 270 Personen verhaftet, 97 verhaftet
 und dann ausgewiesen, 195 sofort ausgewiesen
 worden. 16 ungerechtfertigte Amtesenthebungen
 sind vorgekommen, neun Personen sind er-
 schlagen und 13 verletzt worden. Es handelt
 sich hierbei nur um jene Opfer, deren Namen be-
 kannt sind, die Gesamtzahl dürfte viel größer sein;
 so wurden z. B. über hundert Personen, deren
 Namen nicht bekannt gegeben wurden, verhaftet.

**Überlassung der Kölner Eisenbahnen bei militäri-
 scher Bedrohung.**

London, 23. Febr. (Sabas.) Die französische
 und die englische Regierung sollen über die Eisen-
 bahnen in der englischen Zone zu einem Einver-
 nehmen gelangt sein. Den Franzosen soll die
 weitestgehende Benützung der von Köln ausgehen-
 den Eisenbahnlinien in jenem Falle gestattet wer-
 den, daß deutsche Truppen aus irgend einer
 Richtung die Sicherheit der französischen Besat-
 zungstruppen im Ruhrgebiet bedrohen.

Bahnmisfälle.

Essen, 23. Febr. (Wolf.) Am 18. Febr.
 sind am Bahnhof von Dahlhausen zwei Per-
 sonenzüge, die von Franzosen gefahren wur-
 den, auf der militärisierten Strecke zusammen-
 gestoßen. Die Züge bestanden aus je einer Loko-
 motive und sieben Personenzügen. Von dem auf
 folgendem Geleise in der Richtung Sattlingen an-
 kommenden Zuge wurden die ersten Wagen voll-
 ständig zertrümmert. Fünf Tote und acht bis
 zehn Schwerverletzte wurden geborgen. Am 21.
 Febr. waren die Trümmer noch nicht beseitigt. —
 Heute gegen vier Uhr morgens erfolgte an der
 selben Stelle erneut ein Unglücksfall. We-
 gen der strengen Abperrung des Bahnhofes sind
 über dieses Unglück keine authentischen Nachrichten
 zu erlangen, doch sollen zwei Personen dabei zu
 Tode gekommen sein.

Französisch-italienisches Abkommen.

Berlin, 23. Febr. (Eigenbericht.) Wie aus
 Rom gemeldet wird, werden zwischen Frankreich
 und Italien Verhandlungen über den Abschluß
 eines Wirtschaftsabkommens geführt. Die An-
 regung ging nach der Rückkehr von franzö-
 sischer Seite aus. Die Vorschläge gehen von der
 Voraussetzung aus, daß das Ruhrgebiet Jahr-
 zehnte hindurch in französischem Besitz bleiben
 wird. Die frankophile Presse setzt sich lebhaft
 für den Vertrag ein, die Regierungsblätter warnen
 aber vor einem politischen Bündnis.

sozialistischen Bataillone ins letzte Loch vertrieben
 und wird noch zu Tod froh sein, wenn ihn die
 Arbeiter dort ruhig sitzen lassen.

Sie haben noch immer nicht umgelernt,
 nämlich unsere Freunde, die lieben französischen
 Brüder, die es aus ihren Geographiestunden her-
 genau wissen, daß hinterm Rhein das Land der
 „Böhmes“ liegt und daß dort, etwa an den Aus-
 läufern der Alpen, an der „schönen blauen Donau“,
 einmal ein Staat bestand, der sich Oesterreich
 nannte und in dem Prag eine wichtige und maß-
 gebende Rolle spielte. Und das Volk, dort an der
 Donau und weiter oben um Prag herum, waren
 die „Oesterreicher“. Im Weltkrieg hörten die
 Pariser allerdings dann etwas über ein Volk, das
 sich „Tschecoslovaques“ nannte, aber viele Pariser
 wußten noch immer nicht genau, unter welche
 Völkergemeinschaft sie das Volk in der Moldaufonie
 eigentlich einreihen sollten. Die Zeitungen, die
 aus Prag kamen und in denen die Verdienste
 der französischen Missionen immer in das
 beste Licht gerückt wurden, erhielten so viele
 bekannte Namen aus dem österreichischen Parla-
 mente, daß wohl viele Pariser der Meinung sein
 konnten, und noch sind, daß an der Moldau eine
 Mundart des „Oesterreichischen“ gesprochen werde
 und daß die Bewohner von Prag nichts ande-
 res sind, als ein Stamm der Oesterreicher. So
 konnte es auch kommen, daß man die nationale
 Hoesegemeinschaft, die dieser Tage von Prag nach
 Belgien kam, fragte, ob bei ihrem Eintritt in den
 Eispalast, wo die internationalen Wettspiele statt-
 fanden, vielleicht die österreichische Volks-
 gimme gespielt werden soll. ... Schade, daß die
 etwas sehr verdugt dreinschauenden und der so
 geringen Wirkung der gutgezahlten Auslands-
 propaganda wenig erbauten Hoesegespeler dieses
 Ansinnen ablehnten. Denn sie wußten nun, ohne
 daß „heimatliche“ Klänge sie umrauschten, in den
 Eispalast einzuziehen und hatten dazu noch die
 „Prager Presse“ des Bergnügens beraubt, wieder
 einmal eine richtig gehende „Hoesegemeinschaft“
 zu finden.

Die Traversier für den verstorbenen Finanz-
 minister Dr. Alois Masin wurde durch die Anord-
 nungen verschiedener Zentralbehörden aus einem
 Akt privater Pietät und Teilnahme in
 einen Staatsakt verwandelt mit all den un-
 demokratischen Erscheinungen des Prauges und
 der Gesinnungsvergewaltigung, wie sie in diesem
 Staate zur Regel zu werden drohen. Das amt-
 liche Presbureau verhandelt am Montag und
 Dienstag eine große Anzahl von Anordnun-
 gen verschiedener Zentralbehörden, durch welche
 die ihnen unterstellten Leiter und Beamten zu
 bestimmten Handlungen während des Begräbnis-
 ses verhalten wurden. So erhielten die Beamten

des Finanzministeriums den Auftrag, den Leichen-
 wagen Dr. Masins zu begleiten und das Mini-
 sterium für Schulwesen und Volkskultur
 gab bekannt, daß alle Schulen der Republik
 Mittwoch Trauerfeiern veranstalten müß-
 ten. In allen Lehranstalten der Republik wurde
 daher den Schülern und Lehrern mitgeteilt, daß
 sie sich ausnahmslos zu der Schulfeier einzu-
 finden hätten. Dieser Zwang war für alle Schu-
 len, gleichgültig, ob dort tschechische oder deutsche
 Kinder unterrichtet werden, unstatthaft. Noch
 weiter als an den anderen Orten der Republik
 ging das Ministerium oder der Landesdirektor
 in Prag. Am Dienstag verbreitete das amtliche
 Presbureau eine Rundschreiben, in welcher Reihen-
 folge sich die Mittelschüler Prags, von der vier-
 ten Klasse anfangen, auf dem Wenzelsplatz an-
 zu stellen hätten, um während des Leichenbegäng-
 nisses des Finanzministers Dr. Masin, Geset-
 zgeber zu bilden. Der Auftrag hierzu wurde den Mit-
 telschuldirektoren, wie zahlreiche Eltern versichern,
 als ein bindender erklärt, ein Fortbleiben
 wurde oerrechtigt werden. Das aber ein Zuh-
 lernstehen auf höhere Anordnung ein Verstoß gegen
 die elementarsten Grundsätze der Pädagogik ist,
 bedarf keiner weiteren Darlegungen. Die Ab-
 Gesandten Dr. Cech, Hillebrand und
 Hoffmann haben aus diesen Gründen eine
 Interpellation an den Minister für Schulwesen
 und Unterricht gerichtet. Sie fragen darin, welche
 Aufträge das Ministerium und welche die Landes-
 schulräte in Prag, Brünn und Troppau, die
 Trauerfeiern für den Finanzminister Dr.
 Masin anlangend, wirklich gegeben haben, wie
 der Minister zu rechtfertigen vermag und was er
 zu veranlassen gedenkt, um zu verhindern, daß in
 Zukunft ähnliche Anordnungen getroffen werden.

Das korrigierte fünfte Gebot. In der Pariser
 Zeitung „L'Ere Nouvelle“ hat Genossin Severine
 (eine französische Schriftstellerin, die jetzt unter
 dem Moskauer Kasernenhoffkommando die Kom-
 munistische Partei verlassen hat) eine interessante
 Erinnerung veröffentlicht. Es handelt sich um
 eine bemerkenswerte Veränderung, die im
 April 1914 — wenige Monate vor Ausbruch
 des Weltkrieges — der französische Text
 des fünften Gebots erfahren hat. Er lautet
 seit alterer Zeit:

Homicide point ne seras
 De fait ni volontairement.
 (Wörtlich überetzt: Du sollst kein Mörder
 sein in Taten noch in Willen.)

Plötzlich tauchte im Katechismus der Pariser
 Diözese folgende Fassung auf:

Homicide point ne seras
 Sans droit ni volontairement.
 (Uebersetzt: Du sollst kein Mörder sein ohne
 Recht noch im Willen.)

Der französische Merus hat also rechtzeitig
 dafür gesorgt, daß die Gottes- und Alibi-
 famen, um „im Namen Gottes“ die Mordtaten
 folgen zu können! Von kirchlicher Seite wird
 diese merkwürdige Vorahnung des „gerechten“
 Krieges damit erklärt, daß die Abänderung das
 Ergebnis von Bibelstudien gewesen sei, die eben
 damals abgeschlossen worden waren. Wenn die
 katholische Kirche nur sonst so rasch be-
 reit wäre, den Ergebnissen der Bibelstudien
 Rechnung zu tragen!

Der Frostmännekrieg im deutsch-bürgerlichen
 Lager wird immer heftiger. Jetzt herrscht be-
 reits ein solches Trüben und Trüben, daß die
 Kräfte gegeneinander losgehen. Froch Knirsch
 quakt den größeren Bruder Lura Loddman an,
 daß es nur so seine Art hat. Kaum hatten sich
 die Kaltblütler ohne Unterschied der Hautfarbe
 vereinigt, gerieten sie schon wieder im Kampfe
 wühle auseinander. Die „Kampfgemeinschaft“
 der Deutschenationalen und Deutschgelben, die mit
 heilfingenden Kaufmann Schulter an Schulter in
 die Schlacht zog, hat schon wieder ein Loch be-
 kommen. Das Turnier in Saaz bezeichnet Knirsch
 als „gegenseitige Augenaußwechsell“ und
 wird von den „Repariristen“ ab. Die Repariristen,
 das waren bisher die Nationalpartei und die Gelben.
 Jetzt quakt Loddman wieder allein. Knirsch nennt
 das „philosophieren“. Wahrscheinlich glaubt er,
 daß sein Unken eine Tat ist.

Die Wohnungsnot. Nicht nur in der Haupt-
 stadt Prag ist die Wohnungsnot noch immer so
 entsetzlich, daß Wohnungen in projektierten Hän-
 fern schon längst vergeben sind, bevor noch die
 Baubewilligung eingelangt und der Bauplatz aus-
 gemessen ist, sondern auch draußen in den Pro-
 vincien und auf dem flachen Lande ist heute
 noch der Besitz einer Wohnung das heißersehnte
 Ziel vieler Tausende. Und wird einmal in einer
 Zeitung eine Wohnung angekündigt, so reißen
 bei dem Vermieter die Respektanten einander die
 Hände und es kommen noch immer Leute, wenn
 die Wohnung seit Tagen bereits vergeben ist.
 Dieser Tage brachte eine Tschepsker Zeitung
 ein Wohnungsinfertat, in dem eine Wohnung von
 einem Zimmer und Küche zur Vermietung an-
 gekündigt wurde. Bis zur Mittagsstunde des näch-
 sten Tages waren bei der Verwaltung des Blattes
 nicht weniger als einundsiebzig An-
 gebote von Bewerbern eingelangt. Dieses Bei-
 spiel aus einer mittelgroßen Provinzstadt zeigt
 erschreckend klar, wie riesig die Wohnungsnot
 in der ganzen Republik ist.

Die Verhältnisse in der Elbewirtschaft. Der
 Elbe kommt als Verkehrsstraße des interna-
 tionalen Warenhandels seit jeder eine ganz außer-
 ordentliche volkswirtschaftliche Bedeutung zu.
 Es sei nur daran erinnert, daß vor dem Weltkrieg
 der Warenumschlag des russischer Elbehafens
 größer war wie der im Zeehafen von Trieft.
 Abgesehen von dem damaligen geordneten Welt-
 handelsverkehr trübte diese erfreuliche Tatsache

davon her, daß der alte österreichische Elbe-Umschlagtarif in sehr geschickter Weise den Warenverkehr aus den entlegensten Gebieten der Monarchie und weit darüber hinaus der Elbe zuliefte.

Budapest ohne Wasser. Aus Wien wird uns berichtet: Infolge einer Beschädigung der Budapester Wasserleitung sind fünf der größten Budapester Bezirke ohne Wasser.

Das Attentat auf Dr. Rajzi. Aus Wien, den 23. Febr. wird uns telephoniert: Der amtliche Bericht der Budapester Polizei erklärt, daß die Verfolgung der Bombenattentäter morgen eingeleitet werden wird, da die Polizei auf ganz falsche Spuren geleitet wurde.

Der Wiener Monarchistenmord. Aus Wien, den 23. Febr. wird berichtet: Der verbundene Genosse Mattousch wurde heute operiert.

Die Soziale Beratungsstelle der Hauptstadt Prag ist dieser Tage auf dem kleinen Ring in Prag I. im sogenannten Richterhause eröffnet worden.

Vom städtischen Arbeitsamt in Prag. Diejenigen Arbeitslosen, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten und in den Prager Bezirken I bis 8 wohnen, mögen sich diesen Samstag und Sonntag während der Anstundten im städtischen Arbeitsamt in Prag I, Bellehensgasse 11 (für Männer), und Bartholomäusgasse 18 (für Frauen) melden.

Prager Kinder nach Jugoslawien. Donnerstag abends fuhr mit dem Schnellzuge von Prag 58 Zehntausend nach Jugoslawien, die als Kinder vor Eisenbahnstrecken auf der Insel Lopat während der Frühlings- und Sommerzeit untergebracht werden sollen.

Ein gewalttätiger Gatte. Der in Prag-Weinberge wohnhafte Josef Pfeiffer, der von seiner Frau getrennt lebt, und sich von ihr scheiden lassen will, kam gestern vormittags zu ihr und verlangte von ihr, daß sie in die Scheidung schriftlich einwilligen solle.

Tödlicher Unfall durch ein geladenes Gewehr. In Keratowitz bei Bohdanez schickte ein Landwirt einen Knaben zum Radfahrer mit dem Erbsen, ihm ein Gewehr zu leihen. Dieser folgte dem Knaben ein geladenes Gewehr aus. Der Knabe begegnete auf dem Wege mehrere aus der Schule kommende Kinder; er rief sie an und zielte auf sie.

Leberfalle. Der Arbeiter Karl Tomas auf Prag-Mühle erstattete gestern nachts in Lieben bei der Polizeiwache die Anzeige, daß er in der Nähe von Obell von zwei unbekannten Männern überfallen wurde. Auf seine Hilfe sei ein Soldat gekommen.

Lebendig verbrannt. Die 53jährige Viehhändlerin Marie Vydra in M. Weichseln mochte dieser Tage Feuer an. Ein brennendes Holzschiffchen fiel ihr auf die Kleider, entzündete diese und da die Grevilin allein war und ihre Hilferufe ungehört verhallten, ging sie in den Flammen zugrunde.

Vom Schnellzug jermalmi. Der achtjährige Schulknabe Jakub Jirka in Dvaua wollte, da er in die Schule eilte, den Weg über den Bahndamm nehmen. In demselben Augenblicke brauste der Schnellzug heran, erfaßte den Knaben und jermalmte ihn.

Kleine Chronik.

Die Weltfalschmünzerbande. Aus New York wird gemeldet: Zahlreiche Mitglieder der Falschmünzerbande, deren Führer — wie wir gestern berichteten — sich schon in New York in Haft befinden, wurden in Liverpool, Hamburg, Neapel, in Frankreich, Oesterreich und Ägypten verhaftet.

Wodurch schadet der Tabak? Daß der Mißbrauch des Tabakgenusses gesundheitsschädlich wirkt und die Verkalkung der Arterien befördert, ist eine längst bekannte Tatsache, aber man war sich bisher noch nicht darüber klar, wodurch diese Erscheinung hervorgerufen wird und wie weit das Nikotin oder andere Bestandteile des Tabaks an dieser Wirkung beteiligt sind.

Gerichtssaal.

Republikanische Gerichte kehren Monarchisten!

Bobenbach, 21. Febr. Die Ortsgruppe Bodenbach des Deutschnationalen Handlungsbekanntmachenden hatte sich den als Monarchisten bekannten Reichstagsabgeordneten Lambach aus Berlin zu einer am 1. Oktober 1921 stattgefundenen Versammlung verschrieben, die auch die hiesigen Arbeiter, als sie hörten, wer Lambach sei, in großer Zahl beizogen.

gestern fand die Hauptverhandlung gegen sie beim Bezirksgericht in Teßchen statt. Unter dem Vorhabe des Bezirksrichters Zeischke erfolgte die nochmalige Einvernahme der Beklagten und der als Entlastungszeugen vorgeladenen Genossen Arndberg, Hode, Kiedl und Rochelt.

Die Goldzähne der falschen Konjulgattin.

Prag, 23. Febr. Die in Prag VII, wohnhafte, beschäftigungslose Privatbeamtin Ella Fleischler kam im September des Vorjahres zum Zahnarzt Dr. Drachorad, stellte sich als Frau Polac, Gattin des argentinischen Konsuls in Prag vor und ließ sich im Laufe der nächsten zwei Monate sechs Goldzähne einziehen.

Bei 2.60 Kronen täglichem Verdienst.

Prag, 23. Febr. Vor den Prager Geschworenen fand heute der Postangestellte des Postamtes Nr. 5 aus Prag-Weinberge Johann Simanek auf Zitzlow, der sich wegen Mißbrauch der Amts-

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (10)

Am Torbogen lehnte sich Ernst kurz nach dem Schulhof um. Hier ereignisvolle Jahre seines Wandens waren eingeralmt von dieser grauen Mauer, die ihn jetzt mürrisch aus ihrer Haft entließ.

Das Argus-Haus.

Herzogstraße 9 lag mitten im Geschäftsviertel. Ernst Löhrer stieg die breite, läuferbelagte Treppe des Kontorhauses 'Argus' zögernd hinauf. Er überlegte sich wiederholt, am rechten Ort zu sein.

Zu dumm! Bis zum Augenblick hatte sich Ernst im sicheren Besitz aller verlangten Einkassanten gefühlt. Warum trauerte er denn jetzt dem Gefühl nicht mehr ganz? Auf der Treppe des schwarzen Tuschzug glänzend, klinkte Ernst endlich im weiten Stockwerk die Tür auf, nachdem er das Emailschloß lang und nachdenklich gemustert hatte.

Ein Schulzeugnis? ... In Stellung waren Sie noch nicht? ... Wollen Sie mal sehen lassen? ... Ernst errödete freudig. Der fein gekleidete Herr hatte 'Sie' gesagt.

Ein unterwürdiges Mädchen erschien aus dem Nebenraum. Die sommerlich leichte Bluse bauchte um die volle Brust, und die stark geschnürten Hüften wölbten sich drängend aus dem plavend gespannten Rock. Runde, feuchte Anhängen schauten neugierig auf Ernst.

Das Archiv war ein gewöhnliches Zimmer. Regale standen an den Wänden, bis unter die Decke vollgestopft mit Wappen und Kästen. Die schwarzen Pappfalten waren alphabetisch geordnet und auf der Stirnseite sauber in Rundschrift beschriftet. Diese Kästen hatte Ernst abzustauben,

eine Arbeit, die ihm ein bedenklicher Anfang seiner kaufmännischen Laufbahn schien.

Es gab aber doch bald andere Arbeit als Staubwischen. Ernst erwieb sich gewandt und anständig, was Herr Alfons Beißer Anlaß war, ihn näher an den Geist des Betriebes zu führen.

Ernst dachte bei sich, daß er dann ja von Spitzbuben lebe, hüete sich aber wohl, den Gedanken zu äußern. Er lauschte vielmehr hochach-

tungsvoll den Weisheiten seines Herrn und Meisters, der nachdenklich an seiner Zigarre sog und verklärten Gesichtes fortfuhr:

Wir sind überhaupt nicht die gewöhnlichen Federknechte. Was heißt heute nicht alles Kaufmann? Wir sind sozusagen eine Behörde, die kaufmännische Polizei, Spähente des Kredites ...

Ernst prägte sich nicht alles ein, doch einiges behielt er immerhin. Daß er Behörde sei, erfüllte ihn mit Stolz. Daß er die Nase in anderer Leute Sachen stecken konnte, sagte ihm auch zu. Hoffentlich erkundigte sich recht bald wer nach dem Herrn Rektor von der Realschule oder nach dem Bedell.

Seine Stellung erweckte entsprechendes Aufsehen. Gleich vom ersten Monatsgehalt erschwang Ernst ein zierliches Stöckchen, Tombalgriff (Tauschung für Nichtkenner: Silber). Das schlenkerte er leichtfüßig, hielt die Zigarette lässig im Mundwinkel und trabte schonungsvoll morgens und abends durch die belebte Stadt. Kein Mensch sah, daß nur fünfundsiebzig Mark Monatsgehalt hinter dieser Kavalierepose standen.

Im Geschäft war Ernst eifrig und glücklich bestrebt, hochzukommen. Er lernte Kurzschrift, baute schnell alle Handgriffe der Schreibmaschine im Gelekt und schrieb Geschäftsbriefe in einem flotten und zutraulichen Stil. Herr Alfons Beißer rief sich zufrieden die Hände und lobte mit berechnender Vorsicht den brauchbaren Jüngling. Nicht oft und ausschweifend, weil man junge Leute nicht verwöhnen darf und weil Herr Alfons Beißer nicht viel Zeit übrig hatte. Er kam morgens ins Kontor, hielt den Einlauf vor die kurz-sichtigen Augen und empfahl sich dann mit höflichem Gruß.

Fortsetzung folgt.

gewalt zu verantworten hatte. Simons wird zur Zeit gefangt, daß er in den Jahren 1914 bis 1918 an einem ...

lich Aufträge für den Balkan, Ungarn und Jugoslawien hatten, sind nunmehr auch aus Deutschland mit Aufträgen geradezu überhäuft.

Der Film im Dienste der Genossenschaften. Der Konsumverein Chodou ist, wie wir in der 'Konsumgenossenschaft' lesen, der erste Konsumverein in der Tschechoslowakei, welcher für die genossenschaftliche Propaganda seine Anlagen mittels Kinematographen aufnahm.

Wirtschaft und Sozialpolitik

Kapitalistische Geschäfte mit der Puschichroder Eisenbahn. Wie wir dem 'Eisenbahner' entnehmen, sind private Kreise in der Richtung tätig, die Krise der Puschichroder Bahn zu ihrem Vorteil auszunutzen.

Die Aktionäre und Bondholder benötigen die Situation und arbeiten in der Richtung, die Bahn einem neuen Konsortium von Privatkapitalisten in die Hände zu spielen. Es berührt ihr Gewissen dabei naturgemäß nicht im mindesten, wie die schuldlosen, von ihnen im Verlaufe der vielen Jahre besserer Zeiten angeheuerten Arbeiter und Angestellten, aus deren Arbeitskraftswand ihnen die hohen Dividenden flossen, dabei abzuheiden.

Es wäre höchste Zeit, daß die Regierung das Scheitern ihrer Verhandlungen mit der Puschichroder Bahn stiftet und sagt, was sie beabsichtigt, damit nicht einer so wichtigen Bahn zum Schadenobjekt verschiedener kapitalistischer Gruppen wird.

Der Kampf um die Sonntagseruhe in der Glasindustrie. Eine Erregungssache der Nachkriegszeit in der Glasindustrie besteht in der Durchführung der Sonntagseruhe. Kaum war der erste Schrei der Kapitalisten nach dem Kriege vorüber, als sie wieder daran gingen, die Sonntagseruhe in der Glasindustrie zu beseitigen.

Die Eisenindustrie in der Tschechoslowakei Oesterreich. Aus Wien wird dem 'Berliner Tageblatt' geschrieben: Die Nahrung hat zu einer Belebung des Eisenabfuges sowohl in der Tschechoslowakei wie auch in Oesterreich geführt.

Erhöhung der Getreidepreise in Deutschland. Aus Berlin den 23. Februar berichtet: Vor einigen Wochen haben die bürgerlichen Parteien unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung, auf die Erhöhung der Preise des Umlagegetreides verzichtet. Jetzt haben sie die Verteuerung doch durchgeführt.

Die Sanierung der polnischen Staatsfinanzen. Der polnische Finanzminister Grabski hat eine Vorlage über die Sanierung der Staatsfinanzen ausgearbeitet. Nach dem Projekte ist der Sanierungsplan auf die Dauer von drei Jahren festgelegt, in welchem Zeitraum die Staatseinnahmen auf die Höhe der ordentlichen Staatseinnahmen gebracht werden sollen.

Die öffentlichen Angestellten in Amerika. Nach den letzten statistischen Erhebungen beträgt die Zahl der öffentlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Vereinigten Staaten drei Millionen, von jeder siebenten Familie steht ein Mitglied in den Diensten der Allgemeinheit.

Der heutige Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt.

Heer der öffentlichen Angestellten ist somit größer als das der Eisenbahner und der Kohlenbergarbeiter zusammen; es beträgt etwa ein Fünftel der Zahl der Landwirte und Landarbeiter.

Devisenkurse

Die tschechische Krone notiert in: Berlin Schw. Frank 1580.00, Wien Markt 670.00, österr. Kr. 2105.

Züricher Schlusskurse

Table with columns for location (Paris, London, Berlin, etc.), mitl. Schlussk., and Ware.

Prager Kurse

Table with columns for location (100 holl. Gulden, 100 Mark, etc.), Gold, and Ware.

Kunst und Wissen

31. volkstümliches Orgelkonzert. Sonntag, den 4. März findet um halb 11 Uhr vormittags im Smetana-Saal des Gemeindehauses in Prag ein Orgelkonzert unter der Leitung des Professor B. Wiedermann zugunsten der Witwen- und Waisenfürsorge statt.

Hindemith-Ginaster. Die für nächsten Sonntag angeordnete Aufführung der neuen Hindemith-Ginaster begegnet vorläufig in textlicher Hinsicht Zensurschwierigkeiten. Die Vertreter der Zensur werden der Generalprobe beiwohnen.

Neues Theater. Heute, Samstag, 'Der Künstler der Jatin'. Morgen, Sonntag, nachmittags 'Der Graf von Luxemburg', abends Gastspiel Richard Kubla 'Der Evangelist'.

Kleine Bühne. Heute, Samstag, zum erstenmal die Chelomodie 'Ingeborg' von Kurt Götz. Die erste Wiederholung Sonntag nachmittags halb 3 Uhr. Morgen abends der lustige Operettenschwank 'Die kleine Sünderin'.

Bereinsnachrichten

Urania. 'Rasnuffens letzte Nordpolexpedition.' Urania-Kulturfilmbildführung. Heute viertel 3 Uhr Bio 'Zansouci'. Der Film auf der Fahrt R. nach Thule in Nordwestgrönland aufgenommen, ist der erste, der aus jenen Regionen zu uns kommt.

Heute, viertel 3 Uhr: 'Rasnuffens letzte Nordpolexpedition', Urania-Kulturfilmbildführung, Bio 'Zansouci', Karten 2-6 K. Urania, Wecker. Ab halb 2 Uhr an der Violassa.

Heute, 4 Uhr: 'Gedicht und Charakter', Karl Kottaus. (Wie erlange ich Menschenkenntnis?) Karten: 5 K.

Heute, halb 7 Uhr: 'Fragen der modernen Physik' (Strahlentheorie, Atomistik) mit Lichtb., Univ.-Prof. Kausch. Vierter Vortrag in der Reihe: 'Probleme der mod. Naturwissenschaft und Technik.' Karten: 4, Mitgl. 3 K.

Sonntag, halb 11 Uhr: 'Römische Kultur im Bilde' mit Lichtb., Prof. Sturm. Jugendveranstaltung für die Oberklassen der Mittelschulen. Einzelkarte 2 K.

Advertisement for VI. Internat. Prager Frühjahrsmesse vom 11. bis 18. März 1923. Mehr als 3000 erstklassige Firmen als Aussteller.

Sonntag, 4 Uhr: 'Meine Reise durch Zentralasien' mit farbigen Lichtb., Dr. Colin Ross-Berlin. Karten 5, Mitgl. 4 K.

Montag, 8 Uhr: 'Bühne, Produktion, Kritik', Dr. Emil Faktor, Chefredakteur, Berlin. Karten: 10 bis 6 K, Mitgl. 8 bis 4 K. Dritter Vortrag in der Reihe: 'Ueber Theaterfragen'.

Dienstag, 6 Uhr: 'Lufreja Borgia', Urania-Kinovorstellung, Bio 'Alma'. Karten Urania, Wecker.

Dienstag, halb 7 Uhr: 'Saturn al Raschid', Univ.-Prof. Gräner. Karten 4, Mitgl. 3 K.

Dienstag, 8 Uhr: 'Gedächtnisrede und Willensbildung', Leo Crifflen. Zweiter Kursabend, Einzelkarten erhältlich. 1458

'Meine Reise durch Zentralasien', mit farbigen Lichtb., Dr. Colin Ross. Sonntag, den 25., 4 Uhr. Das 'Neue Wiener Tageblatt': Dr. R. vermittelt in seinem Vortrage nicht nur seine interessanten Reiseeindrücke, sondern erläutert auch die Entwicklung der mod. asiatischen Völker in ihrem Zusammenhang mit dem allgemeinen Weltgeschehen. Karten 5, Mitglieder 4 K.

'Bühne, Produktion, Kritik'. Dr. Emil Faktor, Chefredakteur, Börsenkurier, Berlin. Montag, den 26., 8 Uhr. Dr. F. ist eine der markantesten Persönlichkeiten in der Berliner Journalistik, es wird von großem Interesse sein, die außerordentlich gebildeten Urteile dieses Fachmannes über das moderne Theater und sein Publikum zu hören. Karten 5 bis 6 K, Mitglieder 6 bis 4 K.

Aus der Partei

Bezirkskonferenz Bodenbad. Sonntag, den 18. Februar fand in der Volkshalle in Bodenbad die Goldjahrsbezirkskonferenz statt, auf der 37 Delegierte anwesend waren. Der Vorsitz übernahm Herr ...

Jugendbewegung

Gründungsversammlung der Ortsgruppe Prag. Montag, den 26. Februar 1923, 8 Uhr abends, findet im Cafe 'Rizza' in Prag-Weinberge, Jungmannstraße, die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Prag des sozialistischen Jugendverbandes mit nachfolgender Tagesordnung statt: Zweck und Ziele der sozialistischen Jugendorganisation (Referent: Genosse Paul und Hofbauer, Zepitz), Debatte, Konstituierung der Ortsgruppe, Wahl des Ausschusses und freie Anträge. - Jugendgenossinnen und Jugendgenossen erscheinen zahlreich!

Mitteilungen aus dem Publikum

Advertisement for Kumerol, a plant-based product. 'Kocher Backet Bräsel mit Kumerol dem reinsten Pflanzenfett aus Kokosnüssen.'

Vertreter: Siegfried Beck, Prag-Karolinental, Helzinselgasse 7. 1437

1000 Gewinne gratis! In den Monaten Februar und März l. J. wird die Chem. Fabrik Libenia außer der obigen Gewinnaktion noch separat 1000 Gewinnmarken in die bestbekannte und bewährte Schokolade Libenia einlegen. Die Gewinne stehen aus mehreren Beträgen à 1000, 500, 250 Ks sowie aus einer großen Anzahl von Wertgegenständen. Näheres siehe Flugblätter. Dabei bleibt die Qualität der Libenia-Kreme unübertrefflich. 1424

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Czernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holla.

Advertisement for 'Sozialdemokrat' magazine. 'Leserinnen Sie im Sozialdemokrat'